

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlsgebühr. Zur Postbewegung. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. Januar 1920

Zeitungspreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Lebensanzeigen 20 Pf., die übrigen 10 Pf.; Anzeigen für den Verkauf von Waren und Dienstleistungen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 3

Des Jahreswechsels wegen erscheint die nächste Nummer (4) erst am Sonnabend, dem 19. Januar.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Dritte Ausschusssitzung (15. bis 17. Dezember 1919).

Die Tagesordnung der dritten Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war eine so reichhaltige, daß die vorgesehene drei Sitzungstage zu ihrer Bewältigung nicht ausreichten und einige wichtige Angelegenheiten für die nächste Tagung zurückgestellt werden mußten.

Der gedruckt vorliegende Vorstandsbericht gab Kenntnis von den Vorgängen und Akten anlässlich der Delegation zur internationalen Arbeiterversammlung in Washington, von der Regelung der gewerkschaftlichen Organisationen in neupolitischen Gebieten, von den Satzungen der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie von Verhandlungen über die Stilllegung von Unternehmungen, über die Einstellung von Arbeiterkontrollanten bei der Gewerbeaufsicht, über die Reform der Sozialversicherung sowie über Ernährungsfragen. Ferner enthielt der Bericht sachliche Mitteilungen über die Reorganisation der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, über gewerkschaftliche Anschließungsarbeiten an den Gewerkschaftsbund, über das Zusammenwirken mit sozialpolitischen Körperschaften, Gewährung von Zuschüssen an Arbeitersekretariate, über die Einrichtung gewerkschaftlicher Bezirksunterstützungsstellen und über die Arbeitsorganisationsarbeiten des Bundesvorstandes.

Die Verhandlungen über den Bericht des Bundesvorstandes wurden in 16 Unterabschnitte eingeteilt. Aber die Zentralarbeitsgemeinschaft gab schon noch ein besonders instruktives Referat, das vor allem die Frage der Auszubereitenden umgebend behandelte. Die Debatte bewegte sich hauptsächlich um die Schwierigkeiten der Arbeiterversorgung und des Transportwesens sowie um das Zustandekommen von Arbeitsgemeinschaften in der Landwirtschaft und Hüttenindustrie. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt. Hinsichtlich der Teilnahme an der internationalen Arbeiterversammlung in Washington legte Grabmann nochmals alle Einzelheiten dar, die den Bundesvorstand zu einer Delegation veranlassen, und die Umstände, die schließlich das Eintreffen der Delegation in Washington verhinderten. Der Ausschuss stimmte der Auffassung zu, daß die Bedingungen des internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam, unter denen eine Delegation nach Washington zulässig sein sollte, als erfüllt zu erachten seien.

Die dem Gewerkschaftsbund angehörenden Angestelltenverbände, die mit andern Angestelltenverbänden eine Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, erstreben anlässlich der Ausgestaltung dieser letzteren zugleich eine Reorganisation derselben. Die Verhandlungen hierüber haben zu keinem positiven Ergebnisse geführt, wohl aber zu verschiedenen Vorschlägen, von denen der des Verbandes freier Angestellten die Errichtung einer Angestelltenabteilung im Gewerkschaftsbund zur Wahrnehmung der Angestellteninteressen empfiehlt, während der Bundesvorstand der Auffassung zuneigt, daß dann die Bildung einer eignen Zentrale der Angestelltenverbände schon vorzuziehen sei. Die Aussprache hierüber war eine sehr umfangreiche. Ihr Resultat war, daß das Ausscheiden der Angestelltenverbände aus dem Gewerkschaftsbund abgelehnt und dem Bundesvorstand empfohlen wurde, nach Bedarf einen besonderen sachlichen Beauftragten für die Bearbeitung der Angestelltenfragen einzustellen.

Die Verhandlungen über die Aufnahme einer vom Reich beschlossenen Lebenshaltungszug- und Lohnstatistik, die 3000 Betriebe umfassen soll, und für die bereits 500000 Mk. bewilligt sind, konnten nicht zum Abschluß gelangen, da über die Zweckmäßigkeit einer solchen Stichprobenaufnahme noch keine ausreichende Klärung besteht.

Infolge von Klagen über Terrorismus und Organisationszwang hat das Reichsarbeitsministerium eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern der verschiedensten Richtungen einberufen, in der man sich nach längerem Hin- und Herreden auf die Veröffentlichung einer dem Organisationszwangsmißbilligenden Erklärung einigte. Über den Wortlaut dieser Erklärung kam es in der Ausschus-

sitzung zu Meinungsverschiedenheiten. Eine vom Ausschuss eingeleitete Redaktionskommission verlangte, daß bei einer Stellungnahme zum Organisationszwang auch die Selbstverständlichkeit des Konzentrationsprozesses im Organisationsleben und die Notwendigkeit einheitlicher Organisation gegenüber dem Unternehmertum betont werden müßten. Der Ausschuss beauftragte den Bundesvorstand, in diesem Sinne weiter zu verhandeln.

Über die Arbeiten eines zur Vorbereitung einer Reform der Sozialversicherung eingesetzten Ausschusses, berichtete Wiffell. Die Reformen sollen sich auf die dringlichsten Forderungen der Versicherten beschränken. Der Ausschuss war mit dem dargelegten Programm einverstanden.

Sodann berichtete H. Müller über die folgerichtigen Verhandlungen im Ausschusse der Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz, die mehrere Verschlechterungen, aber auch einige Verbesserungen herbeigeführt haben. Die Verabschiedung des Gesetzes im Plenum sei Anfang Januar zu erwarten. Der Bundesvorstand empfahl dem Ausschusse die Herausgabe einer Betriebsrätezeitung zur Schulung der in den Betriebsräten tätigen Arbeitervertreter in diesem neuen Aufgabenbereich. Die Notwendigkeit einer solchen Schulung wurde allgemein anerkannt. Die Meinungen gingen indes darin auseinander, ob ein solches Organ gemeinsam für alle Gewerkschaften herausgegeben werden könne oder ob die einzelnen Gewerkschaften solche Organe für ihre eignen Mitglieder einführen. Vielleicht könnten auch Häftler für verwandte Berufsgruppen geschaffen werden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern dem Bundesvorstand anheimgegeben, zunächst genaue Kalkulationen über die Kosten eines solchen Organes einzuschicken und dem Parteivorstand mitzuteilen.

Die Schlußsprache der Ausschusssitzung können nach einer Beroderung des Arbeitsministers vom 3. September 1919 vom zuständigen Demobilisationskommissar auf Antrag einer Partei als rechtsverbindlich erklärt werden. Obwohl sich diese Rechtsbestimmung nach dem Inhalte der fraglichen Verordnung auf die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der Demobilisation beschränkt, ist sie auch bereits für Tarifschiedsprüche in Anwendung gekommen. Aber die Zulässigkeit und Nützlichkeit dieser Rechtsanwendung waren die Meinungen in Gewerkschaftskreisen geteilt. Während Wiffell für die Gewerkschaften darin einen Vorteil erblickte, wurde von Neumann (Solgarbeiter) mit großer Energie der gegenteilige Standpunkt vertreten. Der Ausschuss sollte einen Entscheid über diesen Zweifelpunkt nicht, sprach aber den Wunsch aus, daß auf eine Beschleunigung der Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen hingewirkt werden möge.

Zur Aufklärung der heimkehrenden Kriegsgefangenen über die Arbeits- und Organisationsverhältnisse in der Heimat hat der Bundesvorstand ein Merkblatt im Anfang eines Heftigen Selbstens herausgegeben, das in der Sammelleitung der Kriegsgefangenen verbreitet werden soll. Der Ausschuss stimmte dieser Maßnahme zu.

Für den aus der Redaktion des „Korrespondenzblattes“ am 1. November v. J. ausgeschiedenen zweiten Redakteur Wilhelm Janßen, der als Sozialist in den Dienst der schwedischen Gesandtschaft in Berlin getreten ist, wählte der Ausschuss den bisherigen Redakteur der Metallarbeiterzeitung, August Lutz, in Stuttgart. Grabmann und Staubinger widmeten Janßen warme Abschiedsworte.

Vom Gewerkschaftskongress waren dem Ausschusse mehrere Anträge betreffend Aufhebung des Belagerungszustandes im Industriegebiet und Übernahme der Kosten der Bezirkssekretariate überwiesen. Der erste Antrag erledigte sich infolge der inzwischen erfolgten Aufhebung des Belagerungszustandes. Hinsichtlich der Kosten der Bezirksarbeitersekretariate war der Ausschuss der Meinung, daß deren Übernahme auf die Bundeskasse nicht zu empfehlen sei, vielmehr nur in Bedürfnisfällen eine Unterfertigung einzelner Sekretariate möglich wäre. In diesem Sinne soll der Bundesvorstand von Fall zu Fall prüfen und helfend eingreifen.

Eine nochmalige Aussprache fand statt über die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress zu Amsterdam abgegebene Erklärung Essenbachs hinsichtlich der Schuldfrage am Krieg und der demgegenüber veröffentlichten Erklärung des Bundesvorstandes. Der Ausschuss nahm die heftigsten Erklärungen zur Kenntnis und erachtete dieselben durch die Aussprache zur erledigt. Dem Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund

stimmte er zu und wählte Reglen als Vertreter der deutschen und deutsch-österreichischen Gewerkschaften.

Sodann beschloß der Ausschuss die Veranstaltung einer Aktionsaktion für die Arbeiterchaft Deutsch-Österreichs. Es sollen Sammlungen für die deutsch-österreichischen Gewerkschaften eingeleitet und den letzteren sofort aus den Kassen der Verbände ein Beitrag von einer Million Mark auf Konto der Sammlungen überwiesen werden.

Da in Arbeiterkreisen vielfach die Arbeit wegen Kohlen- und Materialmangel unterbrochen werden muß, so wurde eine Regelung der Entschädigung der Betroffenen entsprechend der Regelung im Januar 1918 gewünscht. Als zweckmäßig wurde eine Driftelung des Schadens vorgeschlagen, so daß die Arbeiter zwei Drittel des Ausfalls von Arbeitgeber und von der Gewerkschaftsfürsorge erlegt bekommen.

Die Fragen der politischen Restfens als gewerkschaftliches Kampfmittel und der Technischen Restfens wurden auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung gestellt. Auf Antrag des Bauarbeiterverbandes wurde der Bundesvorstand beauftragt, über die Steuerpflicht der Gewerkschaften beim Reichsnotopfer und bei der Einkommensteuer Aufklärung zu schaffen und für die Steuerfreiheit der Gewerkschaften einzutreten.

□ Aus dem Genossenschaftsleben □

Das Wachstum der deutschen Konsumvereinsbewegung

ist eine Tatsache, die von Nord nach Süd, von West nach Ost, in allen Konsumvereinskreisen gleichmäßig festgestellt wird. Wenn die Statistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die auf 1. Januar 1920 abgeschlossen ist, zur Veröffentlichung gelangt, wird der zahlenmäßige Beweis dafür vorhanden sein, daß die Not wieder einmal gute Teilnehmerin gewesen ist. Leider auch nur die Not.

Besser wäre es, wenn eigenes Bemühen und Überlegung der deutschen Bevölkerung und besonders dem deutschen Arbeiter sagen würden, daß der Wiederaufbau unserer Wirtschaft an sich, insbesondere aber in der Richtung der Gemeinwirtschaft — zu „deutscher“ Sozialisierung — in allererster Linie Sache der eignen Wirtschaftskraft ist. Und diese ist in der genossenschaftlichen Organisation der Wirtschaftskräfte so zu summieren, daß sie zum Ziele kommt. In wirtschaftlicher und sittlicher Beziehung.

Ein Beispiel des Wachstums der Konsumvereinsbewegung bietet die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, das auch noch aus einem andern als nur wirtschaftlichen Grunde hier vorgestellt sein soll. Diese Genossenschaft hatte nach Abschluß ihres am 30. Juni 1919 beendigten Geschäftsjahrs einen Mitgliederstand von 118 196 Familien, was einem tatsächlichen Zuwachse von 5685 Mitgliedern entspricht. Das ist viel und wenig zugleich. Die Zahl von 5685 Familien entspricht zwar der Bevölkerungszahl einer kleinen Provinzialstadt, aber trotzdem nur einem Zuwachse von 5 Proz. des Bestandes von 1918. Erwägt man noch, daß die Zahl von 118 196 Familien mit den Angehörigen einer Bevölkerungszahl von einer halben Million entspricht und diese halbe Million nur den achten Teil der auf etwa vier Millionen zu veranschlagenden Bevölkerung des Verordnungsgebietes der Berliner Konsumgenossenschaft umfaßt, so ist der Prozentsatz der Zunahme ein sehr mäßiger zu nennen, ebenso mäßig wie das Verhältnis des Gesamtstandes zur Bevölkerungsziffer. Was aus einem Beispiele zu entnehmen ist.

Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung umfaßt gegenwärtig mit mehr als drei Millionen Familien den fünften Teil der Gesamtbevölkerung und in einzelnen „Ländern“ wie Württemberg ist gar der Anteil mit 25 Proz. — dem fünften Teil überhörschten (160 000 Familien bei 2/3 Millionen Bevölkerung). Inwieweit die politischen Zustände in Groß-Berlin eine Rolle spielen, braucht nicht untersucht zu werden. Die Tatsache sollen selbst reden, und sie haben eine bessere „Lage“, als der beste Berliner sie haben kann. Wie gesagt: Bewußtsein und Überlegung gehören dazu, um eine allgemeine als nützlich und volkswirtschaftlich notwendig erkannte Sache vollständig vorwärts zu bringen. Die Not allein tut's auch noch nicht — wie Berlin zeigt.

Die Konsumvereine in Österreich

haben auch den Beweis auf das „Grenpf“ zu erbringen, daß die genossenschaftliche Wirtschaftsform nicht nur Sozialisierung an sich ist, sondern auch die geeignete Organisationsgrundlage für die Sozialisierung von Staats wegen. So hat die österreichische Regierung auf Grund des Gesetzes über die genossenschaftlichen Unternehmungen die Gründung eines Unternehmens beschaffen, das den Namen „Vereinigte Leder- und Schuhfabrik“ führen wird und das einen ersten Sozialisierungsversuch darstellt. Die neue Anstalt wird vom Staate gemeinsam mit der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und mit der Landwirtschaftlichen Warenverkehrsstelle gegründet. Als Objekt dienen die Lederkonfektionsanstalt in Brunn a. G. und die Schuhfabrik in Mitterndorf, die in ein Fabrikgebäude in Wien übertragen wird, wo die Fabrikhallen aufgenommen werden sollen. Die neue Anstalt wird ausschließlich von Vertretern des Staates, der Konsumanten und der Arbeiter und Angestellten geleitet werden. Entsprechend dieser Zusammensetzung des Verwaltungsrats wird auch der eventuelle Gewinn verteilt werden. Sobald ihre beiden Betriebe in Gang sein werden, wird die neue Fabrik das größte Unternehmen in der österreichischen Schuhindustrie sein. Es werden ungefähr 900 000 Paar Schuhe jährlich erzeugt werden können, das ist ungefähr ein Drittel der gegenwärtigen Schuhproduktion und ungefähr ein Siebentel des normalen Schuhbedarfs Österreichs.

Man darf auf das Ergebnis dieses Versuchs und auf die Wirkung des Einflusses, den man verständigerweise im Gegensaße zu gewissen deutschen sogenannten Sozialisierungen den Verbrauchern eingeräumt hat, mit Recht gespannt sein.

Die italienische Genossenschaftsbewegung

Kaßl im ganzen ebenfalls einen recht beachtlichen Wirtschaftsfaktor dar. Nach dem neuen statistischen Jahrbuch Italiens zählte man Ende 1915 insgesamt 8251 bestehende Genossenschaften, gegen 7429 im Jahre 1914 und 5064 im Jahre 1910. Darunter befinden sich 2350 Konsumvereine mit 262586 Familien (1914: 2403 Vereine mit 210567 Familien). Das Betriebskapital erhöhte sich von 18,1 auf 30,8 Mill. Lire und die Umsätze von 108,5 auf 263,8 Mill. Lire. Der größte italienische Konsumverein „Unione Cooperative di Milano“ hatte 1917/18 einen Umsatz von 35,5 Mill. Lire (1916/17: 23,7 Mill.), 6,3 Mill. Lire Kapital, 2,7 Mill. Lire Reserven. Aus 1,3 Mill. Lire Überschuss wurden 5 Proz. Kapitaldividende und 2 1/2 Proz. Rückverteilung auf den Umsatz gezahlt.

Als zeitgemäßes „Surplusum“ ist mitzuteilen, daß im Juli u. V. auch die Verkaufsstellen des Mailänder Konsumvereins bei den damaligen Steuererhöhungen erkürrt und ausgebaut wurden, wobei selbst Stühle und Bänke in den Ablagestellen nicht verschont blieben. Die Leute plünderten also ihren eigenen Betrieb. Es ist schwer, keine Satire zu schreiben. Aber: „Wehe, wenn sie losgelassen . . .!“ Sollte das nicht jedermann zu denken geben?

Nach ist zu vermerken, daß die Großeinkaufsgesellschaft italienischer Konsumvereine ihren Jahresumsatz von 3 auf 9 Mill. Lire, also um das Dreifache erhöht hat, während die deutsche Großeinkaufsgesellschaft mit Willen unserer famosen kriegswirtschaftlichen Organisation den Krebsgang gegangen ist. Trotz allem aber ist die italienische Konsumvereinsbewegung noch recht bescheiden, denn sie wird durch die der kleinen Schweiz überliefert.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Altenburg. Am 31. Dezember wurde unter zahlreicher Beteiligung der hiesigen Kollegen und der Parteigenossen die Hülle unseres im 67. Lebensjahre lebenden inwärtigen Kollegen Theodor Runge der Erde übergeben. In Altenburg geboren, trat er sofort nach seinem Auslernen in der alten Weierischen Holzbuchdruckerei der Organisation bei und blieb ihr treu bis zum letzten Atemzuge. Längere Zeit durchwachte er Deutschlands Gänge und arbeitete in Leipzig, Erfurt und Magdeburg bei Grise, in letzterem Orte war er bei der 1886er Bewegung sehr tätig. Frühzeitig trat er der Sozialdemokratischen Partei bei; Schüller an Schüller kämpfte er mit unsern alten Kollegen Bogner (Leipzig) unter dem Sozialistennamen für Partei und Gewerkschaft. Freiwillig und unentgeltlich opferte er Nächte und Tage zum Druck des verbotenen Parteiorgans „Der Sozialdemokrat“, und wenn die Sache „brenzlich“ wurde, reiste Theodor an einen andern Ort, um den Druck freiwillig weiter zu fördern. Ihn schreckte nicht das Zuchthaus, und freudig leuchteten seine Augen, wenn er wieder einmal Tausende von Exemplaren gedruckt, der Polizei ein Schnippen geschlagen. Mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht war er eng befreundet und hatte mit ihnen öfters Zusammenkünfte in Borsdorf bei Leipzig. In aller Stille wirkte er, ihn zog es nicht nach Ämtern und Würden, die sogenannte Kleinarbeit war sein politisches Arbeitsfeld. Besonders die „dunkelsten Gebiete“ des Altenburger Landes, damals das Kohlenrevier um Neudorf, nahm er sich vor; Sonntag für Sonntag wanderte er hinaus. Freude strahlte in seinem Gesichte, wenn bei den Wahlen in diesen Ecken die Stimmenanzahl gewachsen war. In den letzten zehn Jahren war er invalid — auf dem einen Auge vollständig erblindet, auf dem andern nur ein drifftes Sehvermögen. Und trotzdem, der Mitbegründer unseres Ortsvereins und Maschinenmeisterklubs war in fast allen unsern Versammlungen anwesend, bei

fast allen Veranstaltungen mit dabei. Bis an sein Lebensende ging er schlicht und einfach als Junggeselle seinen Weg, oftmals in Not geratene Kollegen und Parteigenossen materiell unterstützend. Ein edler Mensch, ein braver Kollege, ein tüchtiger Arbeiter ist darin. Möge ihm die Erde leicht sein!

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.) Die Versammlung am 7. Dezember erbrachte den Anker eines vorerforderten Kollegen in üblicher Weise. Anstehend rief Kollege Braun, daß der Vorstand bei der Besetzung des Präsidiums benachteiligt wurde. Nach Entgegennahme einiger Vereinstimmungen beschloß die Versammlung, den Kollegen, die in der Zeit vom 1. bis 21. Dezember arbeitslos sind, eine Weihnachtsergänzung von 15 Mk. zu geben. Zum Stiftungsfest am 18. Januar erhalten die arbeitslosen Kollegen 5 Mk. Gehalt und zwei Freikarten. Hierauf erhielt Kollege Otto Köhne das Wort zu seinem Vortrag: „Das Taylor-System“. Nach einem Rückblick auf die Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland ging der Referent auf die Zustände ein, die zur Forderung des Taylor-Systems geführt haben. An der Hand vorzüglichen Materials gab er ein Bild von der Art dieser wissenschaftlichen Betriebsführung, ihrer Wirkung auf die Produktionssteigerung, auf die Arbeitslosigkeit, auf Geist und Körper des Arbeiters. Den Schilderungen aus amerikanischen und deutschen Betrieben ließ der Referent Mitteilungen folgen, wie man auch im deutschen Buchdruckergewerbe kampflos vor, dieses „neue System“ zur Anpassung der Menschenkraft“ sich zu eigen zu machen. Gegen die Anwendung des Taylor-Systems in der bisherigen Form mußte sich die Arbeiterchaft ganz entschieden wehren. Aufgabe der Gewerkschaften werde es sein müssen, alles zu unternehmen, was zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft beiträgt, aber alles zu bekämpfen, was den Arbeiter in seinem körperlichen und geistigen Wohlbefinden schädigt. Für seine sehr interessanten einständigen Ausführungen sollte die Versammlung dem Referenten starken Beifall. Zur Aufnahme meldeten sich zwölf Kollegen. — Nächste Versammlung am 18. Januar; die nächste Vertrauensmännerversammlung findet am 11. Januar statt.

Berlin. (Korrekturen.) In der gutbesuchten Versammlung am 7. Dezember begrüßte der Vorsitzende einige Vertreter auswärtiger Korrekturenvereine, die aus Anlaß der Gauvorsteherkonferenz in Berlin's Mauerwerkten, mit herzlichen Worten, worauf die Begrüßten ebenso herzlich mit Dankesworten erwiderten. Nach Erledigung des „Geschäftlichen“ hielt Herr Dr. Franz Wiedert einen feisenden Vortrag über: „Gottfried Keller“, der leider wegen der um 9 1/2 Uhr eintreffenden Nachpörrer abgebrochen werden mußte. Der auf den 29. und 30. Mai 1920 einberufene dritte Deutsche Korrektorenkongress in Leipzig bot Anlaß zu wichtigen Mitteilungen. Außerdem verwies der Vorsitzende darauf, daß die Buchdrucker Anknüpfung darauf machen müßten, bei der geplanten Änderung der Rechtschreibung gehört zu werden; das Nötige hierzu werde demnächst in die Wege geleitet werden. — Die Jahreshauptversammlung findet am 25. Januar 1920 statt.

Bremen. (Versammlung vom 3. Dezember.) Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde zu dem vom Oranphischen Bunde herausgegebenen Normalstatut, das als solches für das hier zu gründende Oranphische Kartell als Richtschnur dienen soll, Stellung genommen und ohne Debatte genehmigt. Das Kartell wird mit dem 1. Januar u. V. ins Leben treten. Der nächste Punkt betraf „Stellungnahme zur „Technischen Nothilfe“. Die einleitenden Ausführungen dazu machte Kollege Nuborn. Seine Auffassung von der „Technischen Nothilfe“ ist kurz zusammengefaßt folgende: Das uneingeschränkte Koalitionsrecht birgt gewisse Nachteile in sich, indem es mißbraucht werden kann. Wenn z. B. eine kleine Gruppe von Personen, von deren Tätigkeit Leben und Gesundheit Tausender abhängt, wegen unerfüllbarer Forderungen oder wegen kleinlicher Differenzen ober ohne den Verhandlungsweg zu beschreiten, die Arbeit niederlegt, so ist das ein Mißbrauch mit dem Koalitionsrecht. Dagegen mußte sich die Regierung, die für das Wohl und Wehe des Volkes zu sorgen hat, schämen. Das müsse jede Regierung, ganz gleich, ob es die jetzige oder eine von ganz rechts oder auch von ganz links ist. Darüber aber, ob ein Streik berechtigt ist und welche Betriebe stillgelegt werden dürfen, könnten am besten die Gewerkschaften urteilen und ihnen muß das Entscheidungsrecht zustehen. Die „Technische Nothilfe“ in ihrer jetzigen Form sei zu verurteilen, weil sie von den militärischen Stellen ausgehe, die wegen ihrer Klassenlage und ihrer Erziehung gegen die Arbeiter voreingenommen und deshalb nicht unparteiisch sind. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde von dem Redner vorgelegt. In der Aussprache stellte sich ein Teil der Redner auf den Standpunkt des Kollegen Nuborn. Ein anderer Teil lehnte die technische Nothilfe ab und bezeichnete die jetzige als moderne Streikbrecherorganisation, die ganz entschieden bekämpft werden müsse. Eine sich in dieser Richtung bewegende Resolution, die ferner den Verbandsvorstand auffordert, bei der Regierung für die Beseitigung der „Technischen Nothilfe“ zu wirken, wurde vom Kollegen Dreßmann eingereicht. Sie wurde nach mehrmaliger zweifelhafter Abstimmung in geheimer Abstimmung gegen eine starke Minderheit, die sich für die Resolution Nuborn erklärte, angenommen.

Darmstadt. (Bezirksversammlung vom 29. November.) Nach Bekanntgabe einiger Mitteilungen durch den Vorsitzenden erfolgte der Bericht über den Gau, welcher in ausführlicher Weise von den Kollegen Lebe und Bahler erstattet wurde. Die dort gefaßten Beschlüsse wurden einstimmig genehmigt. Lebhaft beklaut wurde

der Rücktritt unseres selbstergebenen verdienstvollen Gauvorstehers Fuhs und ehrende Worte der Anerkennung und des Dankes wurden ihm durch den Vorsitzenden gewidmet. Zur Ergänzung des Arbeitsnachweises wurden drei Kollegen gewählt. Das Nichtauffinden einer Kreisamtsleitung wurde bemängelt. Es folgte nach der Erledigung mehrerer interner Angelegenheiten Schluß.

Dresden. (Schriftgäher.) Drei am 14. November und 1. Dezember vollständig besetzte Mitgliederversammlungen haben sich in eingehender Weise mit dem geschaffenen Reichstarif beschäftigt. In der ersten Versammlung bestand durchaus keine Neigung unter der Mitgliedschaft für dessen Annahme, da das materielle Ergebnis dieser Abschweifungen für Dresden kein Fortschritt gegen das bisher Gewährte ist. Vor allem wurde bemängelt, daß der Feuerungszuschlag einschließlich Lokalzuschlag nur 5 Proz. höher sei als bisher. Man hatte nach der jetzigen Höhe der Feuerung einen Zuschlag um mindestens 25 Proz. erwartet. Auch wurde es als eine große Härte bezeichnet, daß bei Ferien ein 10prozentiger Abzug vom Lohne festgesetzt sei. Dieses entbehrte jeder Begründung. Des weiteren wurde noch verurteilt, daß bei der Berechnung des Lohnausfalls durch Gasanmeldung um der verbürgte oder Mindestlohn zugrunde gelegt würde; hier müsse verlangt werden, daß der Durchschnittsverdienst in Anrechnung gebracht werde. Der Beihilfenvertreter wurde beauftragt, über diese Punkte eine Anberaumung bzw. Streichung bei der Zentralkommission zu beantragen. In der zweiten Versammlung kam nach mehrföhriger Aussprache folgende Resolution zur Annahme: „Nach Entgegennahme der Berichte über die Tarifausdehnung zwecks Abschlußes eines Reichstarifs für alle in Schriftgähereien Deutschlands beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist festzuhalten, daß die Zugeständnisse der Prinzipale gegenüber der Notlage der Arbeiterchaft als durchaus unbefriedigend zu bezeichnen sind. Nur das Bewußtsein, daß durch diesen Abschluß eine Zentralisierung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erfolgt, kann die Dresdner Mitgliedschaft bestimmen, diesen Tarif anzunehmen. Sie erwartet aber, daß in allerhöchster Zeit eine den Verhältnissen anepohle Erhöhung der Feuerungszulagen gewährt wird.“ Die beantragte Erntesteuer kam einstimmig in erweiterter Form zur Annahme.

Erfurt. Am 7. Dezember fand hier die erste Generalversammlung der Stereotypen-, Galvano- und Plakater- und Schriftgäher im Gau Osterland-Thüringen nach Kriegsende statt. Leider hatten sich hierzu nur die Erfurter Kollegen eingefunden, den Auswärtigen machten die unseindlichen Bahverhältnisse den Besuch unmöglich. Vorstand und Kassenbericht fanden Zustimmung und der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Nachdem noch ein Zirkular der Zentralkommission verlesen und besprochen, wurde beschlossen, den Frankfurter Antrag zu unterstützen und zu erweitern. Eine lebhafte Aussprache über den Punkt „Technisches“ beschloß die Versammlung.

Kr. Frankfurt a. M. Ein vollbesetztes Haus wies unsere Versammlung am 18. November auf. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und Erledigung mehrerer Aufnahmen nahm die Versammlung zur Verbesserung der materiellen Lage der hiesigen Mitgliedschaft Stellung. Ferner wurde unsern angefertigten Bezirksvorsteher und der Hilfskraft auf dem Bureau eine einmalige Feuerungszulage von 500 Mk. bewilligt. Unter „Verschiedenem“ kam noch die Verteilung der Volksvorstellungskarten durch den Ausschuss für Volksvorstellungen zur Sprache. Die uns gewöhnlich zugewiesene Anzahl Karten (30—35 Stück bei 1600 Mitgliedern) wurde als ungenügend bezeichnet. — Am 19. November (Zuhlag) hatte die Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Buchdrucker zu einer würdigen Feier zur Überreichung der Lehrbriefe an die in diesem Jahre geprüften jungen Kollegen eingeladen. Die Organisationen der Prinzipale und Beihilfen waren durch ihre Vorstände vertreten, und die Angehörigen der Prüflinge füllten den letzten Platz im alten Stadtverordneten-saal im „Kömer“. Für den Buchdruckerverein sprach Herr Schöller, während Kollege Apeckas kurz über „Organisation und berufliche Fortbildung“ referierte, nachdem noch Herr Betriebsleiter Rügen und Herr Fachlehrer Köhlich gesprochen hatten, überreichte Herr Hoffmann die Diplome und Lehrbriefe. Gleichseitig konnte Herr Schöller eine Stiftung der Schriftgäherei Stempel im Betrage von 50 000 Mk. aus der Taufe heben, die den Prüflingen dergestalt zugute kommt, daß den drei besten Ausgezeichneten eine Reise in größere Druckstädte in jedem Frühjahr ermöglicht wird. Von dem Betrag entfallen 40 000 Mk. auf den Tarifkreis III, während die restlichen 10 000 Mk. ausschließlich für Frankfurt Verwendung finden sollen. Würdig wurde die Feier durch je einen Vortrag unfres Gelangvereins „Gutenberg“ eingeleitet und geschlossen. Die im Vorraum ausgestellten Prüfungsarbeiten nahmen nach Beendigung der Feier das Interesse der Teilnehmer in Anspruch.

Kannau (Schl.). Die am 6. Dezember abgehaltene Generalversammlung brachte unter „Geschäftlichem“ zunächst die Mitteilung, daß sich alle hierorts konditionslos werdenden Kollegen in Zukunft bei dem neuingerichteten Arbeitsnachweis in Ödlich zu melden hätten. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurden u. a. gewählt: Kollege Eckerl als Vorsitzender und zugleich Kartellbeauftragter, Kollege Flamm als Kassierer. Eine roge Aussprache führte der vom Kollegen Twardawa vorgelegene Kartellbericht und besonders die darin erwähnte Einwohnerwehr herbei. Der im „Korr.“ erwähnte Vorschlag eines Dresdner Kollegen, der sich mit der Aufnahme von Wiener Kollegenkindern befaßt, fand in der Versammlung trotz aller Lebensmürrer freudigen Widerhall, und wir konnten mit Genugtuung feststellen, daß auch

unter den Hannover Kollegen einige sind, die diesen Kindern ihr Heim öffnen werden.

Heidelberg. Die am 30. November abgehaltene Versammlung war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende drei aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Kollegen, darunter unseren früheren zweiten Vorsitzenden Adam Maurer. Sodann erstatteten die Delegierten Bericht über den Gausag. Mit der Anstellung eines besoldeten Gauvorsitzenden und der hierdurch bedingten Erhöhung des Beitrags zur Gaukasse von 10 auf 40 Pf. war die Verarmung einverstanden und begrüßt es, daß es gelungen sei, als Nachfolger des Kollegen Fuhs, der 16 Jahre lang den Gau Mitglieber erfolgreich leitete, den Kollegen Conradt (Mainz) zu gewinnen. Auch die sonstigen Beschlüsse des Gausags fanden Zustimmung. Eine lebhafte Debatte rief der Punkt: „Stellung von Vorschlägen zur bevorstehenden Sitzung des Zentralausschusses“, hervor. Die Einrichtung von Fachkursen an der hiesigen Gewerbeschule, die Ausbildung der Lehrlinge sowie andre Angelegenheiten lokaler Natur bildeten weitere Punkte der Tagesordnung.

Gena. (Vierteljahrsbericht.) Wenn man den Besuch unserer Verammlungen im letzten Vierteljahr als Maßstab des gewerkschaftlichen Interesses anlegen darf, so können wir hier in Gena zufrieden sein. Immerhin könnte es noch besser sein. Auch wir haben eine Anzahl älterer Kollegen, die sich überhaupt nicht mehr sehen lassen und nur in der Entrichtung ihres Beitrags ihre Pflicht als Gewerkschaftler für erledigt ansehen. Neben diesen haben wir aber auch gewisse jüngere Kollegen, denen ihre Mitgliedschaft in Sport- und Vergnügungsvereinen lieber ist als ihre technische Fortbildung und gewerkschaftliche Aufklärung in unsern Verammlungen. In der Verammlung am 5. Oktober hielt uns nach Erledigung eines Aufnahmegebührens und Begründung eines aus englischer Gefangenschaft heimgekehrten Kollegen der hiesige Arbeitersekretär Florin einen sehr interessanten Vortrag über: „Die Kommunalisierung der Arbeitersekretariate“. In hiesigen Gewerkschaftskreisen sollte darüber entschieden werden, wie sich die einzelnen Gewerkschaften zu dieser Frage stellen. Die Verammlung stellte sich nach reiflicher Ausprache auf den Standpunkt, einer eventuellen Kommunalisierung im Prinzip zuzustimmen. Die Vertrauensleute aller Druckereien konnten berichten, daß die letzte Steuerungsanfrage überall glatt gezahlt wurde. — Die Verammlung am 1. November war gut besucht. Wir konnten als Gast unsern Gauvorsitzer Prox (Weimar) begrüßen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Mart in unsern noch in den letzten Tagen des unglücklichen Böhmerlandes gefallenen Orls- und Bezirksvorsitzenden Otto Bähringer einen ehrenden Nachruf und warme Worte der Anerkennung. Kollege Bähringer stand zehn Jahre an der Spitze unseres Orls- und Bezirks und hatte sich durch seine rastlose Tätigkeit im Interesse der Organisation das Vertrauen aller Kollegen erworben. Die Verammlung ehrte das Andenken dieses Wackers durch Erheben von den Sitzen. Hierauf hielt Kollege Prox (Weimar) einen von ausgezeichnete Beherschung und Erkenntnis der Materie zeugenden Vortrag über: „Das Rätewesen“. Es würde zu weit führen, auch nur in kurzen Strichen die interessanten Ausführungen im „A. R.“ wiederzugeben. Zum Schluß erläuterte der Referent noch den in Vorbereitung befindlichen Entwurf des Betriebsrätegesetzes. — Am 16. November veranstaltete der Ortsverein zur Begründung der bis dahin aus Gefangenschaft heimgekehrten Kollegen einen Familienabend, der sehr gut besucht war. Neben einem Lichtbildervortrag des Herrn Lehrers Leibling über: „Mit-Sena in Wort und Bild“, trat unser wieder ins Leben gerufener Kollegenvereinschor mit einigen Liedern vor die Kollegen. Die kleine Schar leistete unter der Leitung des Kollegen Gottwald Gules. Leider mußte auch der Gesangsverein fast zwei Drittel seiner aktiven Sänger dem wahnwitzigen Krieg opfern. — Am 19. November (Vortrag) trafen wir uns, wie bereits seit 51 Jahren, mit den Wipolden und Weimarer Kollegen in Frankendorf. Bei diesen historischen Vortragszusammenkünften haben wir Geneser stets den Löwenanteil des Weges zu fragen. Aber da wir in diesem Jahr in puncto „Spellen und Getränke“ gegen das Vorjahr besser abschneiden, läßt sich für nächstes Jahr von Gena wieder eine stärkere Beteiligung vermuten. — Eine überaus reiche Tagesordnung hatte die gutbesuchte Verammlung am 6. Dezember zu erledigen. Vorsitzender Mart in referierte über: „Unsre nächsten Aufgaben“, während Kollege Berger über „Krisen“ sprach. Letzterer brachte auch in seinem Vortrage Fragen des graphischen Zusammenhanges zur Sprache. Da die Diskussion hierüber nicht klärend genug war, soll in einer der nächsten Verammlungen ausführlich darüber referiert und diskutiert werden. Zum Schluß beschloß die Verammlung einstimmig, zu Weihnachten den Witwen unser gefallenen Kollegen sowie den Frauen der noch in Gefangenschaft befindlichen eine finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Kassel. (Maschinenwerkervereinigung Kassel-Göttingen. — Vierteljahrsbericht.) Am das Technische wieder mehr zu leben und die technische Fortbildung speziell der Anfänger praktisch zu betreiben, wurde in der Septemberversammlung eine aus fünf Kollegen bestehende Technische Kommission (zwei Anstaltspfleger, zwei Typographen aus Kassel und ein Typograph aus Göttingen) gebildet, welche zum Teil bereits in den letzten Verammlungen schon recht belehrende Vorträge gehalten haben und somit den Punkt „Technisches“ recht umfangreich und interessant zu gestalten vermochten. Ferner haben hierseits für das Winterhalbjahr drei Fortbildungskurse (zwei an der Anstalt und einer am Typograph) begonnen. Sie finden allwöchentlich abwechselnd statt, und es ist dadurch allen Kollegen, auch den Schichtwechsellern,

Gelegenheit zur Teilnahme gegeben. Während sich die Kursteiler (Kollegen der Technischen Kommission) in uneigennütziger Weise in den nachwachsenden Dienststellen, haben die Firmen Gebr. Schneider („Hessische Post“) und Weber & Weidmeyer („Allgemeine Zeitung“) ihre Maschinenbetriebe in dankenswerter und bereitwilligster Weise für die Demonstrationen zur Verfügung gestellt. An alle Kollegen, speziell an die „Allten“, ergeht der Ruf, sich noch zahlreicher zu beteiligen, um den „Jungen“ mit Rat und Tat zur Hand zu gehen. Die Verammlung, die am 4. Dezember auf ein fünfzehnjähriges Bestehen zurückblicken konnte, wurde feierlich von neun Kollegen gegründet und zählt, nachdem sie in der Dezemberverammlung noch sieben Neuaufnahmen hatte, zur Zeit 67 Mitglieder, und zwar sind, was Kassel betrifft, mit Ausnahme eines einzigen, alle Sparte-Kollegen der Vereinigung angeschlossen. — Die Monatsversammlung am 7. Dezember war gleichzeitig mit einer Begründung der aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Kollegen verbunden. Nachmittags fand aus Anlaß des fünfzehnjährigen Bestehens der Vereinigung eine den Verhältnissen entsprechende Sitzung im Saale des „Gewerkschaftshauses“ statt, zu welcher sich auch die Kassel Kollegen mit ihren Angehörigen zahlreich eingeladen hatte. — In der Novemberverammlung hat leider infolge vielfacher anderweitiger Inanspruchnahme als Bezirkskassierer usw. der seitherige Vorsitzende, Kollege Wilhelm Honkelmann, das Amt als solcher niedergelegt. An seiner Stelle wurde Kollege Hermann Kuhn gewählt. Mit großem Eifer, Geschick und Erfolg hat der allezeit geschäftige Kollege Honkelmann, der nicht nur Mitglieber der Vereinigung, sondern auch wie kaum ein Zweiter mit ihr verwachsen ist, durch seine rastlose Tätigkeit besonders während der Kriegsjahre die Vereinigung aus bester geordnet und in der bestehenden Dank der Vereinigung gesichert. Nichts als Spezialkollegen mehr die Notwendigkeit erkennen, daß die Teilnahme jedes einzelnen am Spartenleben erforderlich ist, denn nur in der Arbeit und dem Willen liegt der Weg zum Aufstieg. Nur ein tüchtiges Verbandsmitglied kann ein ebenbürtiges Spartenmitglied werden!

Bad Wildungen. Die am hiesigen Tage bestehende Firma Paul Busch („Waldeckische Zeitung“) ist aus der Zaritgenossenschaft ausgetreten infolge Lohnindifferenzen mit den Gehilfen. Die Firma beschäftigt zur Zeit drei Gesellen, drei Lehrlinge und drei Gehilfen (Nichtverbandsmitglieder). Zwei Gehilfen haben jetzt gehündigt wegen des unethischen Verhaltens des ersten Sehers, welcher Faktor und Maschinenmeister in einer Person markiert. Die zweite Druckerei hier (Fuchs) zahlt tarifliche Löhne. Aber hier werden die Gehilfen bei jeder neuen Steuerungsanfrage, überhaupt bei allen tariflichen Angelegenheiten, auf die Hungerlöhne und sonstigen Mißstände der Firma Busch verwiesen und haben infolgedessen außerordentliche Schwierigkeiten.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmensewerte Beispiele. Die Buchdruckerei der „Grimmer Kreiszeitung“, G. m. b. H. in Grimmen (Pom.), bewilligte ihrem gesamten Personal neben der neuen wöchentlichen Steuerungsanfrage von 20 Mk. eine einmalige Beschaffungsbeihilfe für Beihaltete von 100 Mk. und für Ledige von 75 Mk. Diese Zulagen erhielten sieben Kollegen. — Die Buchdruckerei Heinrich Schach in Konstantz zahlte an ihr Personal eine Weihnachtsbeihilfe von je 50 bis 100 Mk. aus. — Die mechanische Paplerwarenfabrik M. Neemann in Leer (Ostfriesland) zahlte aus eigenem Antriebe zum Weihnachtsfeste dem gesamten Seher- und Druckerpersonal je 75 Mk., den Lehrlingen, Arbeitern und Arbeiterinnen den Ertrahbetrag in Höhe ihres Wochenlohns. — Die Holzdruckerei Hugo Diesbach in Weinhelm a. d. Bergstraße zahlte ihren Gehilfen zu Weihnachten eine Wirtschaftsbeihilfe im Betrage von 350 Mk. nebst einem Ertrahwochenlohn in Höhe von 150 Mk. Ferner ist die Firma zur Zahlung des Mannheimer Minimums bereit, was ebenfalls eine nicht unwesentliche Erhöhung des Wochenlohns bedeutet. Da der Prinzipal vier Jahre im Felde war und auch nicht gerade auf Kolen gehetzt ist, sind die freiwilligen Gewährungen um so höher zu bewerten.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. Als Schöffen ausgesollt wurden in Freiburg (Baden) der Kollege Oskar Marzluft, in Magdeburg der Kollege Artur Steinke und in Weihenstepf der Kollege Georg Gärtner.

Buchdrucker und Kurzschrift. Schon längst gehört die Kurzschrift zu den Fortbildungsfächern auch der Buchdrucker. Für manchen Kollegen ist die Stenographie eine Brücke zur Erlangung einer besseren Lebensstellung geworden. Aber auch hier gilt, wie in allen andern Fertigkeiten: nur der Tüchtige kann sich durchsetzen. Am die Kollegen in der Kunst weiterzubilden und denen, die Neigung dazu haben, Gelegenheit zu geben, sie sich anzueignen, hat sich eine Vereinigung stenographiekundiger Buchdrucker nach dem System Gabelsberger gebildet, die nur Verbandsmitglieder aufnimmt und jetzt auf ein 14-jähriges Bestehen zurückblicken kann. Die Leitung der Vereinigung liegt jetzt in den Händen des Kollegen W. Neddermann in Wolfenbüttel, an den alle Zuschriften und Anmeldungen zu richten sind.

Geschwirdige Preisausschläge im Buchhandel. Auf Bericht in Nr. 17 der „Mitteilungen des Reichswirtschaftsministeriums“ wird auf Beschluß des Reichs der Berliner Buchhändler vom 5. Dezember 1919 ab im Berliner Sortimentsbuchhandel statt des bisherigen, vom Reichs-

wirtschaftsministerium genehmigten Steuerungsanschlages von 10 Proz. ein solcher von 20 Proz. erhoben. Die Berechnung zu diesem Aufschlage hat der Berliner Buchhändlerverein trotz Aufforderung dem Reichswirtschaftsministerium nicht nachweisen können. Das Reichswirtschaftsministerium hat daher den Buchhändlerbörseverein in Leipzig aufgefordert, den Berliner Buchhändlerverein zu einer Aufhebung seines Beschlusses zu veranlassen. Die Buchhändler, welche gleichwohl einen Steuerungsanschlag von 20 Proz. erheben, haben demnach ein Verfahren wegen übermäßiger Preissteigerung und gegebenenfalls gemäß § 15 der Preisstreikverordnung die Beschlagnahme ihrer gesamten Bestände wegen Wuchers zu gewärtigen.

Verneinerung der ältesten Bücher Gutenberg's. Kürzlich wurde in London die Blöththeit eines Richters namens Granger verweigert, wobei auch die ältesten Bücher Gutenberg's unter dem Hammer kamen. Ein Exemplar des Catholicon von Gutenberg, im Jahre 1460 gedruckt, erforderte 950 Pf. Sterl. der Buchhändler Smith aus New York. Ein Exemplar der zweiten Ausgabe, aus der Stralburger Offizin N. Druckers, ebenfalls im Jahre 1460 gedruckt, wurde von dem gleichen Käufer für 33 Pf. Sterl. erworben.

Arbeitervertreter in den Syndikaten. Durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen über die Regelung der Kohlen- und Kaliwirtschaft wurden zum erstenmal auch Arbeiter, Angestellte und Verbrauchervertreter zu den Beratungen bei der gemeinwirtschaftlichen Regelung der Kali- und Kohlenfragen zugezogen. Sowohl in der Geschäftsführung der Steins- und Braunkohlenindustrie als des Kaliyndikats als auch im Geschäftsausschusse des Reichshohlenverbandes wird des Reichsalltags werden jetzt Arbeitervertreter dauernd mitwirken. Auch in den Aufsichtsräten der Syndikats- und Zentralstellen werden Angestellte, Arbeiter- und Verbrauchervertreter tätig sein. Die gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbände haben sich untereinander über die Vertretungen verständigt. In die Geschäftsstelle der Reichshohlenwirtschaft Berlin ist der Vorsitzende des alten Verbandes, Sachse (Wochum), in die Zentralstelle der Reichshohlenwirtschaft Berlin der Verbandsangestellte Köpfer gewählt worden.

Gewerkschaftliche Verständigung über den Wiederaufbau in Nordfrankreich. Nach französischen Zeitungsberichten haben die französischen und deutschen Gewerkschaften des Baugewerbes ein Abkommen unterzeichnet über die Regelung der Arbeitsverhältnisse für die deutschen Arbeiter, die zum Wiederaufbau in das Kriegsgebiet von Nordfrankreich geschickt werden sollen. Das Abkommen erstreckt sich auch auf die Arbeiter, die aus Österreich-Ungarn nach Nordfrankreich gehen.

Eine Gerichtsverhandlung um ein Fremdwort. Einem Wirt in Düsseldorf war zur Zeit, als in Deutschland alles Fremde verpönt war, die Genehmigung zur Einrichtung einer Wirtschaft erteilt worden unter der Bedingung, eine deutsche Bezeichnung für seinen Betrieb zu wählen. Der Wirt nannte dann auch nach „echtem deutschen Brauche“ seine Wirtschaft „Restaurant“, weshalb ihm die Polizei einen Strafbescheid ausstellte. Da der Wirt hiergegen Berufung einlegte, kam die Sache an das Schöffengericht. Der Beschuldigte erklärte es für rechtswidrig, wenn die Behörde sich mit der Regelung solcher Dinge befasse; außerdem sei die Bezeichnung Restaurant mit der Zeit zu einem deutschen (?) Ausdruck geworden. Das Urteil des Gerichts lautete auf Freisprechung. Doch ließ man es dabingestellt, ob die Polizei berechtigt sei, ein Fremdwort wie Restaurant zu verbieten. Inre Behörden scheinen noch sehr viel Zeit übrig zu haben.

Nachrichten für Ein- und Auswanderer. In Nürnberg, Pfannenstiebgasse 24, wurde eine Zweigstelle des Reichswanderungsamts errichtet. Beratung über Südamerika erfolgt u. a. in Escherfeld, Am Waldschloßchen 32. Nach Japan werden entgegen anderslautenden Nachrichten, Deutsche bis jetzt nicht zugelassen. Dem Schutzbund deutscher Auswanderer, der auch die „Deutsche Auswanderer-Zeitung“ herausgibt und der seine Zulassung zu der Arbeitsgemeinschaft der in der Auswanderungsfrage tätigen Arbeitsgemeinschaft der verschiedensten gemeinnützigen Verbände beantragt hatte, wurde die Zulassung verweigert. Das ganze Geschäftsgebahren dieses sogenannten Schutzbundes und seiner verschiedensten Untergrundungen läuft nur darauf hinaus, an den Auswanderern zu verdienen und somit aus der Not ihres Volkes Kapital zu schlagen. In Dänemark wird die Einreisezulassung fast nur erteilt, wenn der betreffende Unternehmer nachweist, daß die Einreise eines von ihm angenommenen deutschen Arbeiters oder Angestellten im dänischen Interesse liegt. Eine Auskunftsstelle über Plantagenbetrieb in Niederländisch-Indien besteht in Amsterdamm, Abteilung Handelsmuseum, Plantage Middenlaan 15. Die indische Regierung hat beschlossen, die nach dort befindlichen Deutschen heimzulassen. Der Gouverneur von Ceylon hält einen Zeitraum von drei Jahren für den Ausschluß „feindschaftlicher“ Staatsangehöriger für viel zu kurz. Vor der Auswanderung nach Mexiko muß gewarnt werden. Arbeiter und wenig bemittelte Landwirte können mit den einheimischen Arbeitskräften nicht konkurrieren. Zudem sind noch sehr viel deutsche stellenlose Handlungsgelassen im Lande, die infolge des Krieges auf Grund der schwarzen Listen entlassen wurden und noch immer keine Stellung finden konnten.

Gesetzen
In Augsburg am 20. Dezember der Seher Otto Schlimmer von dort, 61 Jahre alt — Würzburg.
In Berlin am 24. November der Buchdruckermeister Dr. Theodor Kocher, 83 Jahre alt.
In Bielefeld a. Rh. der Maschinenlehre Georg Kumpf aus Mainz, 36 Jahre alt — Kreisler.

